

Johannes Varwick: Sind Verhandlungen im Ukrainekrieg realistisch? (02.10.2024)

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht bald ins dritte Jahr – und hat unendliches Leid auf allen Seiten verursacht. Wer Opfer und wer Täter ist, ist dabei einfach zu sagen: Die Ukraine wehrt sich gegen die völkerrechtswidrige russische Aggression. Viele Beobachter meinen, dies sei bisher insofern „erfolgreich“ gewesen, als dass die Ukraine noch als souveräner Staat existiere und die westliche Unterstützung mit Waffen, Zielerfassung, Ausbildung von Soldaten sowie politischer und finanzieller Unterstützung des Landes könne dazu führen, dass Russland früher oder später seinen Irrweg erkennt und die Aggression beendet. Andere weisen darauf hin, dass dieser Weg mit sehr hohen Verlusten an Menschenleben, einer Radikalisierung auf allen Seiten sowie einer erheblichen Zerstörung der Ukraine verbunden ist und betonen das Risiko eines langsamen, mitunter sogar ungewollten Ausweitens einer Mission mit begrenzten Zielen hin zum Schlittern in einen großen Krieg.

Dieses „mission creep“ gehört zum kleinen Einmaleins der Sicherheitspolitik. Es ist zwar kein Naturgesetz, aber im Falle des Ukrainekrieges sind die Mechanismen und Risiken lehrbuchartig sichtbar. Rote Linien werden definiert – und eingerissen. Mit der nun von westlichen Staaten erteilten Erlaubnis, auch mit an die Ukraine gelieferten Waffen Ziele in Russland anzugreifen, fällt das nächste Tabu. Das strategische Ziel der Ukraine ist ganz offenkundig, die Nato oder zumindest einige westliche Staaten direkt in den Krieg zu ziehen. Das ist aus Sicht Kiews die beste Chance, eine absehbare Niederlage abzuwenden. Das bisher ebenso deutlich formulierte Interesse ihrer wichtigsten Unterstützer USA und Deutschland, ist genau dies zu verhindern. Dennoch tastet man sich mit der als singulär zu bezeichnenden militärischen Unterstützung (boiling the frog-Strategie) immer näher an diese Grenze ran.

Zugleich hat Diplomatie keinen guten Leumund (mehr) in Deutschland. Sie wird mit Appeasement – also Beschwichtigung, die einen Aggressor belohnt und zu weiteren Aggressionen ermutigt – gleichgesetzt und damit diffamiert und damit verunmöglicht. Viele setzen stattdessen neuerdings unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit allein auf die Militärkarte. Diplomatische Mittel werden hingegen weitgehend aus dem Handlungskanon verdammt. Die „akademische Kriegsbegeisterung“ (so der Historiker Wolfgang Kruse) ist genauso problematisch wie das Verfallen von einem gesinnungsethischen Extrem ins andere. Interessanterweise sind es auch heute vornehmlich bildungsbürgerliche Schichten, die den Krieg moralisieren, ideologisieren und teilweise eine agitatorische Tendenz an den Tag legen. Dieser – oft wieder mit besten Intentionen

– moralisierende Blick verunmöglicht aber jene politischen Lösungen, die es eines Tages geben müssen – und die eben jene Diplomatie vorbereiten und schmieden muss. Das wusste schon der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz in seinem Buch „Vom Kriege“ aus dem Jahr 1832: „Hiernach kann Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“

Die Zeit für Verhandlungen wird im Krieg gegen die Ukraine mithin eines Tages ohnehin kommen und die Frage lautet: Wann beginnen realistische diplomatische Initiativen, um das definierte Ziel zu erreichen? Die westliche Strategie basiert bisher auf der „ukrainischen Friedensformel“ (vollständiger Rückzug der russischen Truppen, Bestrafung von Kriegsverbrechern und Reparationszahlungen sowie raschen Integration in NATO und EU) und sie versucht, dafür möglichst breite politische Unterstützung der Staatenwelt zu mobilisieren. Diese Bemühungen zielen besonders auf eine Reihe von Schlüsselstaaten des globalen Südens, die sich bisher nicht so eindeutig von Russland distanziert haben, wie es sich die Ukraine und der Westen wünscht. Es ist jedoch fraglich, ob diese Formel, so berechtigt sie auch ist, ein realistisches politisches Ziel ist. Politisches Minimalziel der diplomatischen Bemühungen müsste vielmehr sein, dass erstens eine direkte militärische Auseinandersetzung mit Russland verhindert und zweitens die Ukraine diesen Krieg zu möglichst guten Bedingungen übersteht. Die Abwägung zwischen Eskalationsrisiko und der Unterstützung der Ukraine bei ihrem Recht auf Selbstverteidigung ist anspruchsvoll und voller Dilemmata. Denn beides sind hohe Güter – was aber, wenn nicht beide gleichzeitig erreichbar sind?

Als Alternative zu dem westlichen Ansatz gibt es etwa eine chinesisch-brasilianische Initiative, die jüngst auf der UN-Generalversammlung eine Plattform „Friends of Peace“ zur Beendigung des Krieges in der Ukraine vorgestellt hat. Das ist zwar noch kein durchbuchstabierter Friedensplan und gewiss auch keine Zauberformel, aber immerhin der Versuch einer politischen Lösung, die die Sicherheitsinteressen aller Parteien zu wahren versucht.

Hinter vorgehaltener Hand hört man inzwischen auch aus westlichen Hauptstädten, dass es eine Diskussion über „Land gegen Frieden“ geben müsse und kaum jemand damit rechne, dass die Ukraine ohne territoriale Veränderungen aus diesem Krieg kommt. Wer schon früher zu dieser Erkenntnis kam, wurde noch als Verräter der Ukraine oder Schlimmeres diffamiert. Die jüngsten Verhandlungssignale aus Moskau (auch wenn bestritten wird, dass es sie überhaupt geben würde) deuten darauf hin, dass ein Arrangement mit Russland trotz seines brutalen Vorgehens gegen die Ukraine machbar wäre, wenn im Gegenzug ein wie

auch immer gearteter Neutralitätsstatus der Ukraine zugestanden würde. Das mag aus ukrainischer und westlicher Sicht einstweilen inakzeptabel erscheinen. Bislang ist es aber nach jeder verstrichenen Verhandlungschance immer schlimmer geworden – für die Ukraine. Solange solche Überlegungen als „Siegfrieden auf Geheiß Russlands“ (so Kanzler Scholz) geframed werden, wird es keine diplomatische Lösung geben.

Die mantraartige Betonung der „ukrainischen Friedensformel“ und das moralgetriebene „as long as it takes“ sind keine realistische Strategie. Zugleich muss eine politische Lösung über den Tag hinausdenken. Denn unabhängig von der Ukrainefrage wird es einen Modus Vivendi zwischen dem Westen und Russland geben müssen, mit dem ihre Koexistenz in einem Kalten-Krieg 2.0 möglichst belastbar und ohne Dauereskalation gestaltet werden kann. Dafür sind Optionen zu ventilieren, die die Realitäten zur Kenntnis nimmt – und nicht schon Durchhalteparolen für Politik hält.

Die diplomatische Grundphilosophie könnte lauten: Solidarisch mit der Ukraine sein, aber zugleich russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen und nicht auf einen unerreichbaren Sieg gegen Russland, sondern auf einen klugen Interessenausgleich setzen. Tabu sollte sein, die Existenz der Ukraine als souveräner Staat infrage zu stellen. Verhandeln müsste man über dreierlei: Erstens einen neutralen Status der Ukraine, der Russland erträglich ist und zugleich Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthält. Zweitens wird es territoriale Veränderungen in der Ukraine geben, die nicht völkerrechtlich anerkannt werden, aber doch als modus vivendi akzeptiert werden müssen und drittens sollten Sanktionen als Gestaltungselement betrachtet werden, die bei Verhaltensänderung auch aufhebbar sein müssen.